Dresdner Volkszeitung

Organ für das werktätige Volk

Postscheckkonto: Dresden Kaden & Comp., Nr. 1268

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Welt der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1.50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 295 | Dresden, Montag den 20. Dezember 1926 | 37. Jahrg.

Wie es gemacht wird!

Reichswehr und Mannschaftsersatz

Die kapitalistische Presse setzt ihren Lesern die Gründe des sozialdemokratischen Vorstoßes verfälscht vor oder unterschlägt sie ganz. Was wissen etwa die Leser des Dresdner Anzeigers davon, wie der Mannschaftsersatz des Wehrinstruments der Republik zustande kommt? Nichts! Was wissen diese bedauernswerten Leser davon, wie reaktionär die Truppenteile politisiert werden? Nichts! Was wird ihnen vorgesetzt über die nachweisbaren Verbindungen zwischen Reichswehr und den schwarzweißroten Verbänden? Nichts! Solche Kleinigkeiten unterschlägt ein reaktionäres Blatt von der Wahrheitsliebe des Dresdner Blüher-Organs!

Wie notwendig die Aktion der Sozialdemokratie war und ist, ergibt sich einmal aus dem unter ihrem Druck von der Regierung Marx mit ausdrücklichem Einverständnis Geßlers zugesagten Reformen und aus der Fülle von Material über ungesetzliche Zustände innerhalb der Reichswehr, das uns täglich zugeht. Erst dieser Tage ist unser Parteiblatt in Kassel wieder in den Besitz eines Briefes gelangt, aus dem sich eine Verbindung zwischen Stahlhelm und Reichswehr einwandfrei ergibt. Auch unser Königsberger Parteiblatt weiß neuerdings zwei Beispiele dafür anzuführen, daß eine Neuerfassung des Mannschaftsersatzes unbedingt erforderlich ist. Diese Beispiele entstammen einer Zuschrift von zuverlässiger Seite aus Osterode in Ostpreußen und besagen folgendes:

„Der Tischler P. O. meldete sich nach Kiel zur Marine. Auf Grund des Untersuchungsbefundes wird ihm in Aussicht gestellt, daß er zum 1. Oktober auf Einstellung bei der Reichsmarine rechnen könne. Hierauf sendet er die verlangten Papiere (polizeiliches Führungs- und Lehrzeugnis) ein. Einige Zeit später findet sich dann bei ihm zu Hause der evangelische Pfarrer, Herr Büchler, ein. Fragt ihn, ob es zutrifft, daß er sich zur Marine gemeldet habe und sagte, daß wohl nichts zu machen sein werde und erkundigte sich, ob er im Jünglingsverein war, und als dies bejaht wurde, warum er ausgetreten sei, in welchem Verein er jetzt Mitglied sei. Worauf er den Bescheid erhält, in der Sozialistischen Arbeiterjugend und in der Freien Turnerschaft. Nach dieser Antwort war der Wissensdurst dieses Vertrauensmannes gestillt. Einige Zeit später traf die Mitteilung der Marinestelle Kiel ein, daß wegen Mangel an freien Stellen eine Einstellung des P. O. bei der Marine nicht stattfinden könne.

Der Stellmacher W. W. meldete sich im Sommer ebenfalls zur Marine. Er erhält die Anweisung, sich untersuchen zu lassen; auf Grund des Untersuchungsbefunds erhält er die Nachricht, daß er auch im Hinblick auf seinen Beruf bevorzugt eingestellt werden kann. Kurze Zeit darauf suchten einige unbekannte Herren seine Wohnung auf, ohne ihn jedoch zu Hause zu treffen. Einer derselben, der Gemeindehelfer der evangelischen Kirchengemeinde, suchte ihn auf seiner Arbeitsstelle auf und erkundigte sich, in welchem Sportverein er Mitglied sei. Als ihm hierauf geantwortet wird: in der Sozialistischen Arbeiterjugend, macht er die Stirne kraus und entfernt sich. Nachdem einige Zeit verstrichen ist, erhält W. W. ebenfalls die Nachricht, daß wegen Mangel an freien Stellen seine Einstellung nicht erfolgen könne."

Wo soll es auf die Dauer hinführen, wenn weiterhin nicht die Eignung, sondern die rechtsradikale Einstellung für den Eintritt in die republikanische Reichswehr im wesentlichen maßgebend ist? Solange führende Persönlichkeiten des Stahlhelms und deutschnationale Pfarrer, wenn auch nur indirekt, an dieser Einstellung beteiligt sind, wird der bisherige Zustand nicht geändert. Daher unsre Forderung auf Lösung dieser Verbindungen und die Entpolitisierung der republikanischen Schutztruppe. Gewähr hierfür aber ist nach allen Erfahrungen nur gegeben, wenn die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in bezug auf den Reichswehrersatz im Prinzip durchgeführt werden. An der zahlenmäßigen Stärke der Reichswehr wird damit nichts geändert.

Bis Mitte Januar vertagt

Amtlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing im Laufe des Sonnabends zu Einzelbesprechungen über die Neubildung der Reichsregierung die Führer der größeren Reichstagsfraktionen, nämlich die Abgeordneten Graf Westarp (Dnat.), Müller-Franken (Soz.), v. Guérard (Zentr.), Dr. Scholz (D. Vp.), Dr. Koch-Weser (Dem.). Ferner empfing der Herr Reichspräsident den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sowie den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Aus dieser ersten Fühlungnahme mit den Fraktionsführern gewann der Herr Reichspräsident die Ueberzeugung, daß die Aufnahme von Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung im Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage und die Vertagung des Reichstags bis zum 19. Januar nicht möglich ist. Der Herr Reichspräsident hat daher entschlossen, diese Verhandlungen bis kurz vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags zu vertagen.

(Preßstimmen aus dem Auslande siehe Seite 2)

Kommunistisches Doppelspiel

„Die Zukunft beruht auf enger, wirtschaftlicher, politischer und, wenn es sein muß, militärischer Verbindung mit Sowjetrußland. Unter Umständen muß auch ein Zusammenwirken zwischen Reichswehr und Roter Armee zustande kommen."
Abg. Klara Zetkin im Reichstage, November 1925

Vorläufig leugnen die Führer der Kommunistischen Partei immer noch krampfhaft die Richtigkeit der Enthüllungen des Manchester Guardian über die Beziehungen zwischen dem Reichswehrministerium und der Sowjetregierung. Die Fabrikation von Großkampfflugzeugen in russischen Junkersfabriken für die Reichswehr haben sie bereits zugeben müssen, dagegen wollen sie von den Munitionslieferungen über Stettin nichts wissen. Aber wie lange noch? Inoffiziell sind die Waffenlieferungen inzwischen auch von dem Reichswehrministerium schon zugegeben worden. Das offizielle Geständnis wird wahrscheinlich nicht mehr lange auf sich warten lassen, und dann hilft auch den Kommunistenführern alles Leugnen nichts mehr. Vieles wird dann im Lichte der neuen Enthüllungen eine sonderbare Deutung erlangen.

Im Laufe der letzten Jahre fiel es wiederholt auf, daß fast jeder Aufruf der Kommunistischen Partei mit der Forderung schloß: „Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland!" Diese Parole war eigentlich das einzige, was die Kommunistische Partei als eigene Lösung gegenüber der von der Sozialdemokratie empfohlenen Verständigungspolitik vorschlagen konnte. Besonders während des Ruhrkampfes, gegen dessen Abbruch die Kommunisten ebenso wild ankämpften wie die Völkischen, gaben die KPD.-Führer die Devise aus: „Kampf am Rhein Schulter an Schulter mit Sowjetrußland gegen Frankreich." Das Bündnis zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern trat damals sehr deutlich in die Erscheinung und wurde ganz offiziell von Karl Radek propagiert, der zu jener Zeit gerade — natürlich „zufällig" — in Deutschland weilte. Radek, der damals der maßgebende Beauftragte der Sowjetregierung in Deutschland war, trat offen für einen aktiven Widerstand gegen die Franzosen ein und für ein Zusammengehen der beiden Extreme, da alle übrigen Parteien mehr oder minder bereit wären, den passiven Widerstand abzubrechen.

Ihren Höhepunkt erreichten diese intimen Beziehungen zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern während der beiden Reichstagswahlkämpfe vom Jahre 1924. Die Rechts- und die Linksradikalen schonten sich gegenseitig nicht nur, sondern richteten auch ihre ganze Propaganda ausschließlich gegen die Sozialdemokratie. Die Freundschaft ging so weit, daß die Völkischen in ihren Versammlungen erklärten: „Wenn ihr nicht völkisch wählt, dann wenigstens kommunistisch, auf keinen Fall aber sozialdemokratisch!", während kommunistische Redner mit ähnlichen Aufforderungen zugunsten der Völkischen auftraten. Das geschah so übereinstimmend, besonders auf dem flachen Lande, daß offenkundig eine einheitliche Parole in diesem Sinne von der kommunistischen Parteizentrale ausgegeben worden sein mußte.

Wir erinnern ferner daran, daß Klara Zetkins Reichstagsreden einen ausgesprochen nationalistischen Charakter trugen und stets von lebhaften Zustimmungskundgebungen der Deutschnationalen und Deutschvölkischen begleitet wurden. Das oben mitgeteilte Beispiel aus ihren Reden sagt genug. Auch Ruth Fischer, die in jener Zeit allmächtig in der KPD.-Zentrale herrschte, schlug ähnliche Töne an und trat namentlich in Berlin in Versammlungen auf, die speziell für die nationalistischen Studenten einberufen wurden.

Jetzt, nach den Enthüllungen des Manchester Guardian, erkennt man deutlich, was mit den kommunistischen Arbeitern für ein elendes Doppelspiel von Moskau aus betrieben wurde. Nach außen gebärdete sich die kommunistische Internationale als die unerschrockene Trägerin des Kampfes gegen den deutschen Faschismus, aber hinter den Kulissen schloß die Sowjetregierung mit dem Reichswehrministerium Verträge über Munitionslieferungen und Flugzeugerzeugung ab. Sie trug keine Bedenken, der Reichswehr und damit den rechtsradikalen Verbänden die Munition zu liefern, mit der einst auf die deutschen Proletarier geschossen werden könnte, weil sie dabei auch das eigene Interesse verfolgte; denn die deutschen Munitions- und Flugzeugfabriken in Sowjetrußland arbeiteten ja auch — und wohl in der Hauptsache — für die Rote Armee.

Es muß dabei noch an jenes sonderbare Frühstück erinnert werden, das der Generaloberst von Seeckt zu Ehren des bolschewistischen Außenkommissars Tschitscherin im Winter 1925/26 gab. Die deutschen Kommunisten konnten diese Einladung gar nicht fassen, zumal sie von dem Manne ausging, der noch wenige Monate zuvor als Oberbefehlshaber im Belagerungszustand die Kommunistische Partei verboten hatte. Tagelang war die Rote Fahne trotz fortgesetzten Aufforderungen in der sozialdemokratischen Presse nicht dazu zu bewegen, die Tatsache dieses Frühstücks ihren Lesern mitzuteilen. Jetzt allerdings sind die Zusammenhänge bedeutend klarer geworden.

In diesem Zusammenhang muß man sogar die Frage aufwerfen, ob denn die Taktik der Kommunisten bei der Reichspräsidentenwahl wirklich nur durch Fanatismus und Borniertheit diktiert worden ist. Damals haben wir es so aufgefaßt. Jetzt allerdings, wo man die Gründe kennt, weshalb Moskau so großen Wert auf gute Beziehungen zu deutschen Militärs legte, muß man sich fragen, ob nicht die Aufrechterhaltung der Zählkandidatur Thälmann, durch die die Wahl Hindenburgs erst ermöglicht wurde, nicht ganz bewußt von Moskau angeordnet wurde, um die Wahl von Marx, dem Mann der Verständigungspolitik mit Frankreich und England, zu verhindern und die Wahl des Generalfeldmarschalls von Hindenburg, des Abgottes des deutschen Offizierskorps, zu ermöglichen.

Der Wahlsieg des Gendarmen

Von unserem ungarischen Mitarbeiter

N. Budapest, 19. Dezember. Durch Regierungsterror wurden 216 Abgeordnete der Regierungsparteien gewählt, gegen nur 13 Sozialdemokraten, 9 Demokraten und einige Legitimisten und Rassenschützler.

Die unverschämteste Fälschung des Willens der Massen, die brutalste Vergewaltigung der Wähler — dieser Prozeß, alleinstehend sogar in der politischen Geschichte der Balkanwahlen — hat nun in Ungarn seinen Abschluß gefunden. Das Wahlgesetz selbst teilt das Land in zwei Teile: in dem einen wird öffentlich, in dem anderen geheim abgestimmt. Oeffentlich auf dem ganzen flachen Lande und in den kleineren Städten, geheim in Budapest und in den größeren Städten. Von den mit öffentlicher Abstimmung vergebenen Wahlkreisen wurden 195 mit Mitgliedern der Regierungspartei und mit drei Scheinoppositionellen besetzt. In 90 Wahlkreisen fand überhaupt keine Abstimmung statt: die „Wahl" erfolgte „einstimmig". Bei den Wahlen im Jahre 1922 eroberte die Sozialdemokratie, die damals überhaupt zum ersten Male in der ungarischen Geschichte an den Wahlen teilnahm, fünf Bezirke. Die drei Zentren des ungarischen Kohlenbergbaus: Salgo-Tarjan, Tatabanya und Dorog, eine große Bauernstadt mit alter agrarsozialistischer Bewegung, Bekes-Csaba und einen deutschbevölkerten Vorort von Budapest, Sorokszar. In allen diesen Bezirken wurde die Sozialdemokratische Partei durch den Regierungsterror jetzt einfach weggefegt.

Dasselbe Schicksal wurde der seit Jahrhunderten in der ungarischen Tradition festgewurzelten antihabsburgischen Bauernpartei zuteil. Da Ungarn vor allem ein Bauernland ist, war diese Partei, die unter verschiedenen Namen in der Geschichte auftrat, die eigentliche Trägerin des politischen Willens des madjarischen Bauernvolkes. Der Kampf gegen das Haus Habsburg, gegen das „verfluchte Wien", wie es besonders seit der Revolution von 1848 hieß und der Kampf gegen die mit dem Wiener Hof verbundenen Oligarchen und Aristokraten: das war und ist auch heute die Gedankenwelt der madjarischen Bauernpartei, die in der Ueberzahl aus landwirtschaftlichen Arbeitern und Kleinbesitzern besteht. Diese Partei, die am stärksten in dem Bauernvolk verankert ist, wurde mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Kein einziger Vertreter wurde auf dem flachen Lande, wo sie ihre Kraftquellen hat, gewählt.

Es gab aber auch eine Bauernpartei innerhalb der Regierungspartei. Sie war vor fünf Jahren die mächtigste Gruppe der Konterrevolution. Antiproletarisch, aber von einem starken Bewußtsein ihrer Klasse erfüllt, nicht republikanisch, aber doch scharfe Gegner einer Habsburgischen Restauration, war sie ein schwankendes Gebilde, in dem die Keime einer konservativen Bauerndemokratie schlummerten. Sie ist, obwohl sie aus Angst um ihre Mandate alles schluckten, was die Regierung Bethlen ihr zumutete, bis auf drei Mann ausgerottet worden.

Nicht besser ging es den Rassenschützlern, die ihre Vorposten in der Regierungspartei haben: soweit sie als selbständige Partei aufzutreten versuchten, wurden sie zerschmettert. Dasselbe Los ereilte die Legitimisten; soweit sie sich der Regierungspartei anschlossen, wurden sie geschont. Soweit sie selbständig vorgingen, wurden sie vernichtet. Graf Julius Andrassy, ein erbärmlicher Träger eines berühmten Namens, aber immerhin in der Welt als Politiker von Rang anerkannt, wurde hinausgewählt.

So hat Graf Bethlen das ganze flache Land, das ganze öffentlich abstimmende Ungarn seiner Macht unterworfen. Es ist der mittlere Adel, die „Gentry", die dieser mehr als Dreiviertelmehrheit den Stempel aufdrückt. Der adelige, aber nicht der hohen Aristokratie angehörende mittlere Grundbesitzer, die dieser Schicht entspringenden hohen Staats- und vor allem Verwaltungsbeamten — diese Klasse hat mit diesen Wahlen die ausschließliche Herrschaft

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19261220/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG